EUROPA 16.07.2026 | Nina L. Khrushcheva

Kein Weg zurück

Drohnenangriffe, Inflation und Treibstoffmangel setzen Russland zu. Warum Putin den Krieg trotzdem nicht beenden kann.

Karl Marx schrieb einmal, dass Theorie zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Massen erfasst. Die sowjetischen Führer griffen diesen Gedanken auf und verfolgten ihn – geradewegs in die Katastrophe – immer und immer wieder. Wladimir Lenin machte ihn zur Rechtfertigung für die Revolution, während Josef Stalin ihn als Freibrief nutzte, im Streben nach rascher Industrialisierung und einer „strahlenden Zukunft", die nie eintrat, Millionen Menschen verhungern oder sich zu Tode schuften zu lassen. Nikita Chruschtschow seinerseits berief sich darauf, um 1956 die Entstalinisierung zu legitimieren, als könne man der Geschichte einfach befehlen, einen anderen Kurs einzuschlagen.

Während sich die Ziele änderten, blieb die maßgebliche Logik dieselbe. Der Kreml entscheidet zunächst, wie die Realität aussehen soll, und zwingt die Menschen dann, sich dieser Vision anzupassen – koste es, was es wolle. Wladimir Putins Krieg in der Ukraine ist das jüngste Kapitel dieser Geschichte, und in diesem Sommer lassen sich die Kosten nicht länger ignorieren.

In den vergangenen vier Jahren hat die Ukraine eine bemerkenswerte Geschicklichkeit darin entwickelt, die Russen die Auswirkungen eines Krieges spüren zu lassen, den sie eigentlich nie erleben sollten. Als Putin im Februar 2022 seine „militärische Sonderoperation" startete, wurde den Russen ein kurzer, siegreicher Feldzug versprochen, der ihr tägliches Leben unberührt lassen werde. Stattdessen dringen ukrainische Drohnen mittlerweile tief in russisches Gebiet vor und greifen immer häufiger Ölraffinerien, Fabriken und die Energieinfrastruktur an.

Die Risse werden langsam sichtbar: ein Haushaltsdefizit von mehr als sechs Billionen Rubel (83,5 Milliarden US-Dollar), galoppierende Inflation und von Moskau bis Wladiwostok lange Schlangen an den Tankstellen. Putin selbst sah während seines geliebten Wirtschaftsforums – der jährlichen Veranstaltung, bei der er eifrig

Russlands globale Bedeutung zur Schau stellt – Rauch über Sankt Petersburg aufsteigen.

Für die Ukraine geht es in diesem Krieg ums Überleben; für Putin geht es darum, Respekt zu erzwingen und niemals Schwäche zu zeigen.

Die ukrainische Regierung hat wiederholt einen Energie-Waffenstillstand vorgeschlagen: Sie werde die Angriffe auf Raffinerien einstellen, wenn Russland die Bombardierung der ukrainischen Energieinfrastruktur beende. Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die unerbittlichen Angriffe auf das, was er als die „Insel Moskau" bezeichnet, als Mittel dargestellt, um Putin unter Druck zu setzen, sich in Richtung Frieden zu bewegen. Die Logik scheint klar: Die Enttäuschung der Bevölkerung und steigende Kosten schaffen einen deutlichen Anreiz zur Deeskalation. Nach allen gängigen Maßstäben ist dies die Art und Weise, wie Kriege enden sollten.

Das Problem ist, dass Putin nach einer anderen Logik handelt. Er ist nicht in die Ukraine einmarschiert, um ein Problem zu lösen, sondern um zu beweisen, dass er Selenskyj und den Westen zwingen könne, Russlands Macht zu seinen – Putins – Bedingungen anzuerkennen. Für die Ukraine geht es in diesem Krieg ums Überleben; für Putin geht es darum, Respekt zu erzwingen und niemals Schwäche zu zeigen.

Diese Denkweise hat tiefe historische Wurzeln. Nachdem die Nazis 1941 Stalins Sohn Jakow gefangen genommen hatten, boten sie zweimal an, ihn auszutauschen – zunächst gegen Hitlers in Gefangenschaft geratenen Neffen und später gegen den deutschen Feldmarschall Friedrich Paulus. Stalin lehnte beide Male ab und prägte dabei den berüchtigten Satz: „Ich tausche keinen Marschall gegen einen Leutnant."

Stalins Befehl „Nicht ein Schritt zurück" wurde zum Modell für die sowjetische – und heute russische – Unnachgiebigkeit. Treibstoffknappheit, hohe Preise und erschreckend hohe Verluste sind in Putins Augen keine Krisen. Vielmehr sind sie der Preis für den Sieg.

Der damalige US-Präsident Joe Biden beschrieb Putin im Jahr 2022 als „rationalen Akteur", der sich mit dem Einmarsch in die Ukraine „erheblich verrechnet" habe. Vier Jahre später hat sich, obwohl der Krieg inzwischen russisches Gebiet erreicht hat, an Putins Vorgehensweise nichts Grundlegendes geändert. Wenn überhaupt, hat der Konflikt nur die zweite Hälfte von Bidens Einschätzung bestätigt.

Eine Entwicklung jedoch sticht hervor. Putin sieht selten die Notwendigkeit, sich zu erklären, wenn seine Politik unpopulär wird. Inzwischen, da seine Zustimmungsrate seit Januar von 84 auf 74 Prozent gesunken ist – ein bedeutender Rückgang in einem Land, in dem man wegen Kritik am Präsidenten verhaftet werden kann –, hört er nicht damit auf. Allein in den letzten zwei Monaten hielt Putin eine Grundsatzrede auf dem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, gab dem Kreml-Propagandisten Pawel Zarubin ein langes Interview und absolvierte im Kampfanzug einen seiner seltenen Frontbesuche, um die vorgebliche Einnahme der Donbass-Stadt Kostjantyniwka zu feiern.

Jeder dieser Auftritte diente demselben Zweck: zu signalisieren, dass der Krieg nicht verhandelbar ist und oberste Priorität des Kremls bleibt. Er ist zum Organisationsprinzip von Putins Regime geworden. Wenn mehr Soldaten benötigt werden, werden mehr Soldaten entsandt. Wenn mehr Raketen erforderlich sind, werden sie abgefeuert. Nichts davon hängt von der öffentlichen Meinung, der Zahl der Opfer oder den Warteschlangen an den Tankstellen ab.

Putin hat seinen Krieg in der Ukraine begonnen, um Stärke zu demonstrieren. Ihn unter Druck zu beenden, würde bedeuten, dies aus einer Position der Schwäche heraus zu tun. Für einen Staatschef, dessen Autorität auf Gewalt und Angst beruht, würde ein derartiges Ergebnis eine existenzielle Bedrohung darstellen.

Für Putin ist der Sieg der einzige Zweck des Krieges in der Ukraine.

Die Herausforderung geht jedoch über Putins politisches Überleben hinaus. Echter Frieden würde ein völlig anderes Russland erfordern: eines, das seinen heimkehrenden Soldaten echte Antworten gibt, das so etwas wie eine Erklärung (wenn nicht gar eine Entschuldigung) bietet, das der Ukraine Reparationen zahlt und sich wirtschaftlich und diplomatisch wieder der Welt öffnet.

Stattdessen hat sich der Kreml in den vergangenen vier Jahren in die entgegengesetzte Richtung bewegt und Hunderte restriktiver Gesetze verabschiedet, die von der Wirtschaft und der Bildung bis hin zu dem, was die Russen lesen, schreiben und sehen dürfen, alles regulieren. Dies ist keine Regierung, die sich in Richtung Offenheit wenden kann, selbst wenn sie es wollte. Ein Bruch mit dem Putinismus würde eine politische Abrechnung in der Größenordnung von Chruschtschows Verurteilung von Stalins Personenkult im Jahr 1956 erfordern. Mit anderen Worten: Um den Krieg zu beenden, müsste das Putin-Regime aufhören, das Putin-Regime zu sein.

Ohne eine derartige politische Abrechnung bleibt nur eine realistische Chance für eine Verhandlungslösung: der G20-Gipfel im Dezember in Miami. Putin setzt womöglich noch immer auf sein gutes Verhältnis zu US-Präsident Donald Trump, der eine Art Lösung vermitteln könnte. Sollten die USA ihn jedoch ebenso brüskieren wie damals, als Putin anbot, in der Iran-Krise zu vermitteln, könnte Russland durchaus auf die sogenannte „nukleare Option“ zurückgreifen – eine extreme Form der Eskalation –, um einen Frieden zu seinen Bedingungen zu erzwingen.

Für Putin ist der Sieg der einzige Zweck des Krieges in der Ukraine. Alles andere würde die enormen menschlichen und wirtschaftlichen Opfer, die er den Russen abverlangt hat, als sinnlos entlarven und ihm eine Niederlage bescheren, die er nicht akzeptieren will und kann.

© Project Syndicate



Nina L. Khrushcheva
New York

Nina L. Khrushcheva ist Professorin für Internationale Politik an der *New School* in New York und *Senior Fellow* des *World Policy Institute*. Sie ist die Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.